

BILANZ

Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH
Ludwigshafen am Rhein

zum

31. Dezember 2023

AKTIVA

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Sachanlagen				I. Gezeichnetes Kapital		1.022.600,00	1.022.600,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	988.183,00		1.527.593,00	II. Kapitalrücklage		2.309.900,00	2.309.900,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	516.392,00		537.596,00	III. Jahresüberschuss		0,00	0,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	72.375,68	1.576.950,68	18.700,00	Summe Eigenkapital		3.332.500,00	3.332.500,00
II. Finanzanlagen				B. Rückstellungen			
1. Beteiligungen		99.600,00	99.600,00	1. sonstige Rückstellungen		1.732.370,18	1.371.244,05
Summe Anlagevermögen		1.676.550,68	2.183.489,00	C. Verbindlichkeiten			
B. Umlaufvermögen				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	439.520,76		239.996,76
I. Vorräte				2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.760.732,51		3.390.650,18
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		11.912,50	11.935,27	3. sonstige Verbindlichkeiten	1.686.801,09	5.887.054,36	1.684.016,19
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				D. Rechnungsabgrenzungsposten		121.365,72	112.080,64
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	278.920,47		306.773,71				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	97.486,92		0,00				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.772,10		3.113,18				
4. sonstige Vermögensgegenstände	150.447,00	535.626,49	74.560,19				
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		8.836.328,74	7.539.377,14				
Summe Umlaufvermögen		9.383.867,73	7.935.759,49				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		12.871,85	11.239,33				
		11.073.290,26	10.130.487,82			11.073.290,26	10.130.487,82

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

**Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH
Ludwigshafen am Rhein**

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	9.703.633,27	8.938.436,17
2. sonstige betriebliche Erträge	142.468,76	664.940,89
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.449,81	3.909,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.844.897,82	2.148.428,21
	<u>1.851.347,63</u>	<u>2.152.338,17</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.771.255,61	1.511.065,10
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	362.198,36	363.124,80
	<u>2.133.453,97</u>	<u>1.874.189,90</u>
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	659.432,93	851.723,96
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.127.577,82	1.923.923,99
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	147.995,14	29.283,00
8. Ergebnis nach Steuern	3.222.284,82	2.830.484,04
9. sonstige Steuern	162.747,43	159.040,75
10. aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	3.059.537,39	2.671.443,29
11. Jahresüberschuss	0,00	0,00

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

der Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung,

Ludwigshafen am Rhein

INHALT

- I. Allgemeine Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung
- II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- III. Angaben zur Bilanz
- IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
- V. Weitere Angaben

I. Allgemeine Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß der §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB, sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Firmenname laut Registergericht:

Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Firmensitz: Ludwigshafen am Rhein

Registereintrag: 01.04.1960

Registergericht: Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein

Register-Nr.: HRB 1150

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Gegenstände des abnutzbaren Sachanlagevermögens wurden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen linearen Abschreibungen, angesetzt. Die Finanzanlagen sind zum Nennwert bilanziert.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu den Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens sind mit ihrem Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit den Nennwerten bilanziert.

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Leistungsansprüche für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag, mit dem anteiligen Nennwert, der vor dem Bilanzstichtag geleisteten Vorauszahlung, aktiviert.

Das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage sind zum Nennbetrag angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, welcher nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind jeweils zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag mit dem Nennbetrag ausgewiesen, die den Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

III. Angaben zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens des Geschäftsjahres wird in dem beigefügten Anlagespiegel dargestellt.

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Sämtliche Forderungen haben Restlaufzeiten von unter einem Jahr. Unter diesem Posten sind Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz Gesellschaft mit beschränkter Haftung) in Höhe von € 0,0 (Vorjahr € 7.715,79) ausgewiesen. In 2023 werden die Forderungen gegen die Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit € 95.021,53 zuzüglich einer Forderung gegen die Fachhochschule von € 2.465,39 unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen. Die Forderungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen eine Forderung an die asensus GmbH in Höhe von € 8.772,10 (Vorjahr € 3.113,18).

3. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen aus den Zinsabgrenzungen der Festgeldkonten, debitorischen Kreditoren, aus Lohnvorschüsse und aus den Kundenkautionen, welche auf Einlagekonten bei Banken angelegt sind und eine Restlaufzeit von über einem Jahr haben € 68.058,38 (Vorjahr € 68.007,57).

<u>Zusammensetzung:</u>	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Debitorische Kreditoren	0,00	5.065,86
Kautionen	68.058,38	68.007,57
Zinsabgrenzung	82.085,28	0,00
Sonstige Forderungen	303,34	1.486,76
	150.447,00	74.560,19

4. Sonstige Rückstellungen

<u>Zusammensetzung:</u>	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Unterlassene Instandhaltung	264.423,33	169.488,09
Vereinbarung Mieter	762.297,00	769.888,00
Urlaubsrückstände	100.749,36	90.860,02
Tantiemen	40.000,00	40.000,00
Karrenzentschädigung	229.759,08	0,00
Altersteilzeit	7.788,00	0,00
Prämien	60.050,00	13.150,00
Jahresabschlusskosten/Steuern	40.302,65	42.812,50
Ausstehende Rechnungen	51.051,02	133.406,70
Rechtskosten	79.311,00	15.000,00
Selbstbeteiligung Versicherungsschäden	96.638,74	96.638,74
	1.732.370,18	1.371.244,05

5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten haben Restlaufzeiten unter einem Jahr.

6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz (BLAW) ausgewiesen. Alle diese Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

7. Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen die Verbindlichkeiten aus dem Darlehen und den Rückzahlungsforderungen der Bundeszuschüsse für die im Jahr 2004 in Betrieb gegangene Containerumschlaganlage im Kaiserwörthhafen an die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Münster (GDWS) enthalten:

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
Forderung/Verbindlichkeit an die GDWS aus der Rückzahlung	-684.660,19	-684.660,19
Rückzahlbares Darlehen 20 % GDWS	1.299.729,47	1.299.729,47
	615.069,28	615.069,28

Von dem nicht rückzahlbaren Zuschuss wurden in den Geschäftsjahren 2004-2005 insgesamt € 21.646.565,24 auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten der einzelnen Wirtschaftsgüter übertragen. Im Geschäftsjahr 2020 wurden die in den Jahren 2001-2006 ergangenen Bescheide der GDWS, aufgrund einer im April 2017 eingereichten Abrechnung aus verschiedenen Gründen von dieser teilweise widerrufen. Auf der Grundlage dieses Widerrufs hat sich unter einem Ansatz von 60 % der Rückforderung und der entsprechenden Zinsen, unter der Verrechnung des noch nicht zugeordneten Zuschusses, eine Verbindlichkeit an die GDWS in Höhe von € 1.812.820,26 ergeben.

Gegen die ergangenen Bescheide wurde Widerspruch eingelegt und Akteneinsicht beantragt. Zur Reduzierung eventueller Zinsaufwendungen wurde unter Vorbehalt und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht der von der GDWS bezifferte Erstattungsbetrag in Höhe von € 6.058.903,87 für den Widerruf noch im Dezember 2020 zurückbezahlt. Dieser Betrag ist in dem zum Jahresende ausgewiesenen Saldo bereits enthalten. Die im Bescheid ermittelten Zinsen wurden fristgerecht im Januar 2021 an die GDWS überwiesen. Im Jahre 2023 ist der Widerspruchsbescheid durch die GDWS ergangen, gegen welchen die Gesellschaft Ende 2023 Klage vor dem Verwaltungsgericht Neustadt erhoben hat.

Die Tilgung des zinsfreien, rückzahlbaren Darlehen erfolgt in zwanzig gleichen Jahresraten jeweils zum 30.06. eines Jahres, seit dem 30.06.2005. Aufgrund des oben beschriebenen Sachverhaltes wurden in Abstimmung mit der GDWS die Zahlungen der Raten für das Darlehen für die Jahre 2021-2023 nicht geleistet. Offen ist zum Jahresende noch ein Darlehensbetrag in Höhe von 1.299.729,47 €.

Bereits im Jahr 2010 konnte der Zahlungseingang eines Vorschusses in Höhe von € 1.000.000,00 für die Beseitigung von Werkmängeln bezüglich des Densiphaltbelages Containerterminal Kaiserwörthhafen verzeichnet werden. Die Verbuchung erfolgte unter den sonstigen Verbindlichkeiten. Die Zahlung wurde auf Grundlage eines Beschlusses des Oberlandesgerichts Zweibrücken geleistet. Der Vorschuss stellt jedoch nichts Endgültiges dar, sondern muss abgerechnet werden. Gegebenenfalls kann eine Nachzahlung oder auch Rückerstattung verlangt werden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen € 1.686.801,09 (Vorjahr € 1.684.016,19). In Höhe von € 1.686.801,09 (Vorjahr € 1.359.083,80) beträgt die Restlaufzeit unter ein Jahr, Restlaufzeiten von über einem bis fünf Jahren sind nicht zu verzeichnen. Verbindlichkeiten aus Steuern und sozialer Sicherheit waren nicht auszuweisen.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

<u>Zusammensetzung:</u>	2023	2022
	T€	T€
a) Erträge aus Vermietung und Verpachtung (Freilagerflächen und Erbbauzinsen)	5.059,2	4.526,0
b) aus Vergütung für Geschäftsbesorgung	322,0	322,0
c) aus Ufergeld	965,6	973,6
d) Erträge aus Gestattungen und Nutzungen	109,3	92,8
e) Erträge aus Übrigen Umsatzerlösen	3.247,5	3.024,0
	<u>9.703,6</u>	<u>8.938,4</u>

2. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält Erträge aus der Auflösungen von Rückstellungen/Wertberichtigungen T€ 76,2 (Vorjahr T€ 31,8), Schadenersatz T€ 0,9 (Vorjahr T€ 609,7), Erlöse aus Sachanlageverkäufen T€ 53,1 (Vorjahr T€ 0,0), sowie weitere Erträge in Höhe von T€ 33,1 (Vorjahr T€ 24,7).

3. Personalaufwand

Die Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung enthalten T€ 71,1 (Vorjahr T€ 84,3) Aufwendungen für Altersversorgung.

4. Wertberichtigungen auf Forderungen (Sonstige betriebliche Aufwendungen)

In 2023 ergaben sich kein Forderungsverluste und Wertberichtigungen auf Forderungen (Vorjahr T€ 20,8).

5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Aus der Aufzinsung von Rückstellungen resultierte auch im Geschäftsjahr kein Zinsaufwand.

6. Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinserträge von T€ 148,0 (Vorjahr T€ 29,3) stammen mit T€ 137,2 (Vorjahr T€ 0,0) aus Festgeldanlagen. Aus der Abzinsung von Rückstellungen ergibt sich ein Zinsertrag von T€ 10,8 (Vorjahr T€ 29,3).

V. Weitere Angaben

1. Aufsichtsrat

Staatssekretär Andy Becht

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Vorsitzender

Michael Puschel (bis 31.01.2023)

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Stellvertretender Vorsitzender

Esther Jung (ab 01.02.2023)

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Stellvertretender Vorsitzende

Stefan Crohn

Ministerium der Finanzen, Mainz

Jürgen Vogel

Vertreter der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz, Ludwigshafen am Rhein

2. Geschäftsführer

Franz Josef Reindl, Kaufmann, Speyer

3. Gesamtbezüge Aufsichtsrat und Geschäftsführer

An den Aufsichtsrat wurden im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von € 3.200,00 geleistet.

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

4. Personal

Durchschnittlicher Personalstand während des Geschäftsjahres:

	2023	2022
Technisch-kaufmännisch Beschäftigte	18	19
Gewerblich Beschäftigte	17	17
Gesamtzahl der Mitarbeiter	35	36

5. Mittelbare Pensionsverpflichtungen aufgrund der Zusatzversorgung von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes

Die Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind Mitglied bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) in Karlsruhe. Bezüglich der Art und Ausgestaltung der Versorgungszusagen wird auf die aktuelle Satzung (Stand 33. Satzungsänderung November 2023) verwiesen. In 2023 betrug die Summe der umlagepflichtigen Löhne und Gehälter T€ 1.253,1. Die Höhe des Umlagesatzes beträgt seit dem 01.03.2023 7,30 %. Hiervon haben die Mitarbeiter 1,81 % zu tragen. Der von der Gesellschaft zu tragende Umlagesatz beträgt seit dem Zeitpunkt 5,49 %. Am 01.01.2016 hat bezüglich des Sanierungsentgeltes ein neuer Deckungsabschnitt begonnen. Der individuelle Sanierungsentgeltsatz beträgt im auch Jahr 2023 0,00 % (Vorjahr 0,00 %).

6. Anteile an Unternehmen

Es besteht eine Beteiligung von 20 % an der asensus GmbH Archiv und Logistik, Ludwigshafen. Das Unternehmen wird nach vorläufigen Zahlen des November 2023 ein positives Jahresergebnis, mindestens auf dem Niveau des Vorjahres, erwirtschaften. Erwartet wird ein höheres Ergebnis. Das Eigenkapital betrug zum 31.12.2022 T€ 229,5.

Es besteht eine Beteiligung von 17,5 % an der W.E.G. Wirtschafts Entwicklungs Gesellschaft Ludwigshafen am Rhein mbH, Ludwigshafen. Das Unternehmen wird nach vorläufigen Zahlen zum 31.12.2023 voraussichtlich ein ausgeglichenes Jahresergebnis in Höhe T€ 0,0 ausweisen, denn es besteht ein Verlustausgleichsanspruch an die dortige Hauptgesellschafterin Stadt Ludwigshafen. Das Eigenkapital hat sich nicht verändert und betrug zum 31.12.2023 T€ 512,0.

7. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

7.1 Darlehen der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) / Bundeskasse Düsseldorf

Zu den in den Angaben der Bilanz aufgeführten Verbindlichkeiten wird erklärt:

Die Gesellschaft hat auf dem ehemaligen Mietgelände der Aral AG im Kaiserwörthhafen eine Containerumschlaganlage errichtet. Diese Anlage wird von der GDWS-Münster mit Zuschüssen nach der Förderrichtlinie Kombiniertes Verkehr gefördert. Das gesamte Investitionsvolumen der Gesellschaft beträgt rund 33,4 Mio. €. Die Förderung beträgt gemäß den vorliegenden Zuwendungsbescheiden der GDWS rd. 33,2 Mio. €. Durch die Auszahlung/Verrechnungen und Rückzahlungen beträgt der Auszahlungsstand der Zuschüsse vor dem Jahr 2020 rd. 31,4 Mio.

Die Förderung wird i. H. v. 80 Prozent als nicht rückzahlbarer Baukostenzuschuss und 20 Prozent des Förderbetrages (rund 6,5 Mio. €) werden als zinsloses Darlehen gewährt, das in 20 gleichen Jahresraten bis zum Jahr 2024 jeweils zum 30. Juni zu tilgen ist. Die erste Rate der Tilgung war zum 30.06.2005 fällig und wurde bis 2020 jährlich bezahlt. In den Geschäftsjahren 2021-2023 wurde in Abstimmung mit dem Zuschussgeber, aufgrund des Widerspruchs gegen den Bescheid und wegen der bereits vollständig geleisteten Rückzahlung in Höhe der Rückforderung aus dem Bescheid, bis zur Klärung des Widerspruchs auf die Zahlung der Raten verzichtet.

Bis zum 31.12.2003 waren die abgerufenen Zuschussbeträge in voller Höhe eingegangen. Bis 2005 wurden von den nicht rückzahlbaren Zuschüssen rund 21,6 Mio. € auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten übertragen. Von der bis 2007 noch nicht übertragenen Restförderung in Höhe von rund 4,3 Mio. € wurden im Jahr 2008 rund 1,1 Mio. € an die Bundeskasse zurückbezahlt, um die Zinsbelastung möglichst niedrig zu halten. Die Prüfung der im ersten Halbjahr 2017 eingereichten Unterlagen ist erfolgt. Gemäß dem ergangenen Festsetzungs-, Widerrufs-, Erstattungs- und Zinsbescheid vom 14.12.2020 der GDWS wurden die im Zeitraum von 2001-2006 ergangenen Bescheide teilweise widerrufen und ein Erstattungs- und Zinsbetrag in Höhe von vorläufig 8,56 Mio. € ermittelt. Im Dezember 2020 wurde bereits ein Betrag in Höhe von 6,06 Mio. € für die nach dem Bescheid zu viel ausgezahlten Bundesmittel an die Bundeskasse überwiesen.

Die angeforderten Zinsen für die nicht alsbaldige Verwendung in Höhe von 2,5 Mio. € wurden aufgrund der Zahlungsfrist im Januar 2021 überwiesen. Beides auch deshalb um die weitere Verzinsung zu stoppen. Gegen den Bescheid wurde Widerspruch eingelegt und Akteneinsicht beantragt. Aus Verfahren von anderen Häfen ist bekannt, dass die GDWS auf ca. 50 % der Rückforderung verzichten könnte. Deshalb wurde von der gesamten Rückforderung zzgl. der voraussichtlichen Zinsen pauschal ein Betrag in Höhe von 60 % im Jahresergebnis der Gesellschaft berücksichtigt. In den Geschäftsjahren 2021-2022 hat der Geschäftsführer mehrmals die Verantwortlichen der GDWS kontaktiert. Die Positionen wurden ausgetauscht. Eine einvernehmliche Einigung, vor der neuerlichen Bescheidung nach dem eingereichten Widerruf, ist nicht gelungen. Daraufhin ist im Jahr 2023 der Widerspruchsbescheid durch die GDWS ergangen. Im neuerlichen Änderungsbescheid wurden im Vergleich zum Festsetzungs-, Widerrufs-, Erstattungs- und Zinsbescheid (FWEZ) vom Jahr 2020 höhere Beträge anerkannt. Allein aufgrund des Änderungsbescheids wird in der Zukunft mit einer weiteren Auszahlung von Fördermitteln zzgl. Zinsen an die Gesellschaft gerechnet. Trotzdem wurde Ende 2023 Klage vor dem Verwaltungsgericht in Neustadt a.d.W. erhoben, da in einzelnen Bereichen noch höhere Förderzusagen als im jetzigen Änderungsbescheid erwartet werden.

Weitere Voraussetzung für die Förderung ist die Verpflichtung der Gesellschaft

- die Förderzuschüsse für die Errichtung dieser Containerumschlagsanlage einzusetzen;
- die Containerumschlagsanlage mindestens für die Dauer von 20 Jahren zu betreiben;
- die Förderzuschüsse zurückzuzahlen, sollte eine vorzeitige Schließung der Containerumschlagsanlage unumgänglich sein.

7.2 Verpflichtungen für erteilte Aufträge

Zum 31.12.2023 sind Aufträge mit einem noch nicht abgerechneten Auftragsvolumen in Höhe von T€ 661,6 erteilt. In Höhe von T€ 264,4 wurden Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung und in Höhe von T€ 130,4 für ausstehende Rechnungen gebildet.

7.3 Pacht- und Überlassungsvertrag

Über die Überlassung der Hafenanlagen besteht mit dem Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch den BLAW „Betrieb Landeseigene Anlagen an Wasserstraßen“, ein Pacht- und Überlassungsvertrag vom 13.03.2015. Dieser wurde im Laufe des Jahres 2020 mit einem Nachtrag geändert.

Nach diesem Vertrag, welcher auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde und mit einer Frist von zehn Jahren zum Ende des Geschäftsjahres gekündigt werden kann, in Verbindung mit der Organisationsverfügung vom 07.12.2017 für den BLAW, Ziffer 15, hat die Gesellschaft an den BLAW als Pacht zum einen eine Entschädigung in Höhe der normalen Abschreibungen auf die ihr pachtweise überlassenen Wirtschaftsgüter (mit Ausnahme der mit einem Festwert bewerteten Bahnanlagen und Straßen) und zum anderen 2,75 % der Restbuchwerte sämtlicher pachtweise überlassenen Wirtschaftsgüter jährlich bis zum 30.06. des folgenden Jahres zu zahlen, soweit sie diese Beträge erwirtschaftet.

Die Abschreibungen auf die der Gesellschaft im Jahr 2023 überlassenen Wirtschaftsgüter (ohne die mit einem Festwert bewerteten Bahnanlagen und Straßen) betrugen € 512.034,01 sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet. Die Restbuchwerte dieses Teils des Pachtanlagevermögens beliefen sich zum 31.12.2023 auf € 7.526.127,00.

		€	€
Die Verzinsung der Restbuchwerte			
des gesamten Pachtanlagevermögens	von		20.603.666,78
zum 31.12.2022			
zuzügl. der Hälfte der im Wirtschaftsjahr	½		
2023 hinzugekommenen Wirtschaftsgüter	aus	230.009,01	115.004,51
abzüglich der Hälfte der Abgänge	½		
und Abschreibungen	aus	512.034,01	-256.017,01
			<u>20.462.654,28</u>

zu 2,75 % ergibt einen Betrag von € 562.722,99 der gegenüber dem Gesellschafter in voller Höhe erwirtschaftet worden ist. Die Restbuchwerte des gesamten Pachtanlagevermögens zum 31.12.2023 betragen € 20.321.641,78.

7.4 Organschafts- und Gewinnabführungsvertrag

Am 22.07.2002 wurde zwischen der Gesellschaft und dem BLAW (mit Sitz in Ludwigshafen) mit Wirkung ab 01.01.2002 ein Organschafts- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, welcher im Geschäftsjahr 2019 angepasst wurde. Durch diesen Vertrag ist die Gesellschaft verpflichtet, einen erwirtschafteten Jahresüberschuss an den BLAW abzuführen. Der BLAW als Organträger hat gegebenenfalls einen Jahresfehlbetrag zu übernehmen. Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von € 3.059.537,39 erwirtschaftet. Der Vertrag wurde für die Zeit bis 31.12.2007 fest abgeschlossen. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht vor Ablauf der Vertragsdauer gekündigt wird. Eine Kündigung ist bisher nicht erfolgt.

7.5 Folgen des Brandes einer Lagerhalle

Am 22.06.2013 ist die vom BLAW, Ludwigshafen, gepachtete Halle in der Hafenstr. 47 in Ludwigshafen vollständig abgebrannt. Dabei wurde auch die eigene Photovoltaikanlage auf dem Hallendach zerstört und das Dach des Nachbargebäudes Hafenstr. 49 beschädigt.

Gemäß den Vorgaben des Pacht- und Überlassungsvertrags mit dem BLAW haben die Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung die Gebäude gegen Brand-, Blitz- und Explosionsschäden zu versichern, was nach den inzwischen vorliegenden Erkenntnissen in entsprechender Höhe erfolgt ist. Die Versicherungserlöse müssen zur Wiederherstellung oder Neuherstellung des Gebäudes verwendet werden.

Die Brandrückstände wurden beseitigt, sodass eine sanierte Bodenplatte zur Wiederbebauung zur Verfügung steht. Die an die beteiligten Versicherungen weiterberechneten Beseitigungskosten wurden beglichen. Ebenso wurde von der Gebäudeversicherung der für 18 Monate vereinbarte Mietverlust vollständig bezahlt. Der für 12 Monate vereinbarte Ertragsausfall für die Photovoltaikanlage wurde auch komplett beglichen.

Es ist ein Ersatzanspruch für die Photovoltaikanlage in Höhe des Zeitwerts bezahlt worden. Für die zerstörte Halle konnte in einem Vergleich mit der Sachversicherung die „fiktive“ Schadenabrechnung vereinbart werden. Insgesamt wurde eine Gesamtentschädigung in Höhe von 11,5 Mio. € bezahlt.

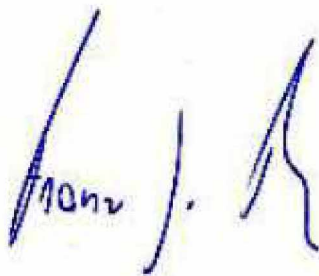
Es wurde keine eindeutige Brandursache festgestellt, insofern zieht sich die Abwicklung der Haftpflichtschäden noch hin. Federführend ist bei der Abwicklung dieser Schäden die Haftpflichtversicherung der Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH. In Höhe der voraussichtlichen Eigenbeteiligung wurde bereits in der Vergangenheit eine Rückstellung in den Jahresabschluss eingestellt. Einige Klagen von Geschädigten sind noch anhängig.

Inwieweit ein Regressausgleich nur innerhalb der beteiligten Haftpflichtversicherungen erfolgen wird oder ob unter Umständen die Gesellschaft noch in Anspruch genommen werden kann, lässt sich noch immer nicht abschätzen. Nach dem Ergebnis der polizeilichen Untersuchungen würde unter anderem auch ein technischer Defekt an einem montierten Wechselrichter als Ursache des Großbrandes in Betracht kommen. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurden abgeschlossen.

8. Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr 2023 sind Aufwendungen für die Abschlussprüfung (incl. Prüfung des Corporate Governance Bericht und Erstellung Bezügebericht) in Höhe von € 7.900,00 entstanden.

Ludwigshafen am Rhein, den 6. März 2024



Franz Josef Reindl
Geschäftsführer

Anlage zum Anhang

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Dezember 2023

Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH , 67061 Ludwigshafen am Rhein

	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2023 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Umbuchungen Euro	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 31.12.2023 Euro	kumulierte Abschreibung 01.01.2023 Euro	Abschreibung Geschäftsjahr Euro	Abgänge Euro	Umbuchungen Euro	kumulierte Abschreibung 31.12.2023 Euro	Zuschreibung Geschäftsjahr Euro	Buchwert 31.12.2023 Euro
A. Anlagevermögen												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	44.329,41				44.329,41	44.329,41				44.329,41		0,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	44.329,41				44.329,41	44.329,41				44.329,41		0,00
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	9.293.166,57				9.293.166,57	7.765.573,57	539.410,00			8.304.983,57		988.183,00
2. technische Anlagen und Maschinen	1.931.678,20				1.931.678,20	1.931.678,20				1.931.678,20		0,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.885.032,76	98.818,93	265.581,02		3.718.270,67	3.347.436,76	120.022,93	265.581,02		3.201.878,67		516.392,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	18.700,00	53.675,68			72.375,68	0,00				0,00		72.375,68
Summe Sachanlagen	15.128.577,53	152.494,61	265.581,02		15.015.491,12	13.044.688,53	659.432,93	265.581,02		13.438.540,44		1.576.950,68
III. Finanzanlagen												
1. Beteiligungen	99.600,00				99.600,00	0,00				0,00		99.600,00
Summe Finanzanlagen	99.600,00				99.600,00	0,00				0,00		99.600,00
Summe Anlagevermögen	15.272.506,94	152.494,61	265.581,02		15.159.420,53	13.089.017,94	659.432,93	265.581,02		13.482.869,85		1.676.550,68

**Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit
beschränkter Haftung (HLU), Ludwigshafen am Rhein**

Corporate Governance Bericht 2023

1. Public Corporate Governance Kodex (PCGK)

Der Ministerrat des Landes Rheinland-Pfalz hat am 03.12.2013 beschlossen, ab dem Jahr 2014 den PCGK für öffentliche Unternehmen mit Landesbeteiligung einzuführen.

Der Kodex enthält wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Unternehmen sowie national und international anerkannte Standards guter Unternehmensführung. Ziel ist es, mit den Vorgaben des Kodex die Unternehmensführung und die Unternehmensüberwachung transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Dabei soll die Rolle des Landes als Anteilseigner klarer gefasst und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Leitung und die Überwachung von Landesbeteiligungen gefördert werden.

Die HLU wendet auf der Grundlage von § 6 des Gesellschaftsvertrages den PCGK des Landes Rheinland-Pfalz an. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat erstellen jährlich einen Corporate Governance Bericht (CGB).

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat erklären, soweit nicht im nachfolgenden Text anders dargestellt, dass den Vorgaben und Empfehlungen des PCGK entsprochen wurde und wird.

Der CGB wird Anhang zum Jahresabschluss und im Rahmen der Abschlussprüfung vom Wirtschaftsprüfer geprüft. Der CGB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

2. Gesellschafter

Der Gesellschafter der HLU ist das Land Rheinland-Pfalz (BLAW).

Zwischen der HLU und dem Betrieb Landeseigene Anlagen an Wasserstraßen (BLAW), Ludwigshafen am Rhein, besteht ein Organschafts- und Gewinnabführungsvertrag. Nach diesem Vertrag sind die Jahresüberschüsse der HLU jährlich an den BLAW abzuführen bzw. Jahresfehlbeträge sind von diesem auszugleichen.

Die Rechte der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen wahrgenommen.

Die Gesellschafter beschließen insbesondere über:

- Bestellung und Abberufung des/der Geschäftsführer(s),
- Feststellung des Jahresabschlusses,
- Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
- Bestellung des Wirtschaftsprüfers,
- Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages.

Im Jahr 2023 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt. An der Sitzung, welche am 20.04.2023 stattfand, wurde der Jahresabschluss 2022 festgestellt, dem Aufsichtsrat/Geschäftsführer die Entlastung erteilt und die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates neu geregelt. In der Sitzung am 04.10.2023 wurde die Abberufung (zum 30.06.2024) bzw. die Neubestellung (zum 01.07.2024) des Geschäftsführers ab 2024 beschlossen.

3. Geschäftsführung

Geschäftsführer der HLU ist Herr Franz Josef Reindl. Er ist zugleich Geschäftsführer der Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz GmbH, Ludwigshafen am Rhein (HRP), sowie Leiter des BLAW.

Der Geschäftsführerdienstvertrag wurde vor Geltung des PCGK abgeschlossen und war bis zum 30. Juni 2019 befristet. Gemäß 4. Änderungsvertrag vom 25. April 2018 verlängerte er sich ab dem 01.07.2019 um weitere 5 Jahre bis zum 30.06.2024.

Der Geschäftsführer erhält für seine Tätigkeiten ein jährliches Festgehalt in Höhe von brutto 150.000,00 € (seit 01.01.2022) zzgl. den Arbeitgeberanteilen für die VBL durch die HLU und eine erfolgsabhängige Tantieme von jährlich bis zu brutto 40.000,00 €.

Prokuristen sind die Herren Bernd Geiger und Robert Arndt.

Neben Organisations- und Dienstanweisungen gibt es einen Organisationsplan und ein Qualitätsmanagementhandbuch, welche regelmäßig kontrolliert und überarbeitet werden. Die Gesellschaft ist nach DIN EN ISO 9001 und 14001 zertifiziert.

Derzeit ist der Geschäftsführer ständiger Gast bei den Aufsichtsratssitzungen der Staatlichen Rhein-Neckar-Hafengesellschaft Mannheim mbH (HGM), Aufsichtsratsmitglied bei der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Ludwigshafen mbH (WEG), ständiger Gast bei den Aufsichtsratssitzungen der Trierer Hafengesellschaft mbH (THG), Mitglied im Vorstand und im Beirat des Marketingverein Ludwigshafen e. V., Mitglied im Verkehrsausschuss Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Mitglied in der Vollversammlung und im Verkehrsausschuss der IHK- Pfalz, Senator im Senat der Wirtschaft Deutschland e. V., Mitglied im Präsidium im Bundesverband öffentlicher Binnenhäfen e. V. (BöB), Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der rheinlandpfälzischen/saarländischen Binnenhäfen, Mitglied im Beirat zur Sanierung der Hochstraßen in Ludwigshafen, Mitglied im Beirat der Hochschule Ludwigshafen und Mitglied im Beirat VFKS Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs e. V. Hamburg.

Der Prokurist Robert Arndt ist Aufsichtsratsmitglied bei der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Ludwigshafen mbH (WEG).

Interessenkollisionen bestehen nicht.

4. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 4 Mitgliedern.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

- Herr Andy Becht, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (Mitglied und Vorsitzender)
- Herr Michael Puschel, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (Stellvertretender Vorsitzender) bis 31.01.2023
- Frau Esther Jung, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (Stellvertretende Vorsitzende) ab 01.02.2023
- Herr Stefan Crohn, Ministerium der Finanzen (Mitglied)
- Herr Jürgen Vogel, IHK Pfalz (Mitglied)

Weitere Tätigkeiten der Aufsichtsräte in anderen Aufsichtsgremien:

- Herr Andy Becht
 - Vorsitzender des Verwaltungsrates BLAW
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz GmbH
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Trierer Hafengesellschaft mbH
 - Vorsitzender des Beirates des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM)
- Herr Michael Puschel
 - Mitglied im Aufsichtsrat der Trierer Hafengesellschaft mbH (bis 31.01.2023)
 - Mitglied im Aufsichtsrat der Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz GmbH (bis 31.01.2023)
 - Mitglied des Verwaltungsrates BLAW (bis 31.01.2023)
 - Mitglied im Aufsichtsrat der ivm GmbH (bis 31.01.2023)
 - Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG (seit 07.12.2022)
- Frau Esther Jung
 - Mitglied im Aufsichtsrat der Trierer Hafengesellschaft mbH (ab 01.02.2023)
 - Mitglied im Aufsichtsrat der Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz GmbH (ab 01.02.2023)
 - Mitglied des Verwaltungsrates BLAW (ab 01.02.2023)
 - Mitglied im Aufsichtsrat der ivm GmbH (ab 01.02.2023)
- Herr Stefan Crohn
 - Mitglied im Aufsichtsrat BIC KL Business & Innovation Center Kaiserslautern GmbH (bis 03/23)
 - Mitglied des Verwaltungsrates BLAW
 - Mitglied im Aufsichtsrat EGH-Entwicklungsgesellschaft Hahn GmbH
 - Mitglied im Aufsichtsrat Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz GmbH
 - Mitglied des Verwaltungsrates Landesbank Saar
 - Vorsitzender des Verwaltungsrates T Investment BIS S. A.
 - Mitglied im Aufsichtsrat Technologieinstitut für Metall und Engineering (TIME) GmbH (bis 03/23)
 - Mitglied im Aufsichtsrat Trierer Hafengesellschaft mbH

- Herr Jürgen Vogel
 - Mitglied im Beirat des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) (ausgeschieden im Jahr 2023)
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der FSL Flugplatz Speyer/Ludwigshafen GmbH
 - Mitglied der Versammlung der Medienanstalt Rheinland-Pfalz
 - Mitglied im Vorstand der Pfalzmarketing e. V.

5. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Zwischen der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat besteht eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der Gesellschaft.

Im Jahr 2023 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt, in denen der Geschäftsführer ausführlich die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft anhand von Lageberichten darstellte und mit den Vertretern im Aufsichtsrat diskutierte. Zusätzlich berichtet die Geschäftsführung über wichtige Entwicklungen auch zwischen den Gremiensitzungen.

Der Geschäftsführer holte Zustimmungen des Aufsichtsrates vor der Vornahme von Geschäften grundsätzlicher Bedeutung ein.

Bei der HLU besteht eine D & O Versicherung.

Die HLU gewährte keine Kredite an den Geschäftsführer oder an die Mitglieder des Aufsichtsrates.

Zum Ende eines Jahres erstellt die Geschäftsführung jeweils für das folgende Jahr einen Wirtschaftsplan und legt diesen dem Aufsichtsrat zur Genehmigung vor. Eine Vorschau für das darauffolgende Wirtschaftsjahr wird ebenso erstellt.

6. Transparenz

Im Jahr 2023 hatte die Gesellschaft durchschnittlich 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sind 27 in Vollzeit und 8 in Teilzeit beschäftigt, 10 Personen sind weiblich, was einer Frauenquote von rund 29 % entspricht.

Auf den ersten drei Führungsebenen (Geschäftsführer, Prokuristen, Abteilungsleiter) sind keine Frauen vertreten.

Der Geschäftsführer der HLU erhielt in 2023 eine Gesamtvergütung von brutto 210.426,61 €. Diese setzt sich zusammen aus einer Grundvergütung von 164.222,28 €, einer erfolgsabhängigen Vergütung von 40.000,00 € und sonstigen geldwerten Vorteilen von 6.204,33 €.

Vergütungen/Aufwandsentschädigungen Dritter für Tätigkeiten in den genannten Gremien werden nicht an den Geschäftsführer, sondern direkt an die Gesellschaft geleistet. Eine Ruhegehaltszusage liegt nicht vor.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten jeweils eine Jahresvergütung von 800,00 €. Frau Esther Jung, Herr Stefan Crohn und Herr Jürgen Vogel haben an allen drei Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Herr Andy Becht hat an einer Sitzung teilgenommen. Herr Puschel hat an keiner Sitzung mehr im Jahr 2023 teilgenommen.

Es haben sich folgende Gesamtvergütungen für 2023 ergeben:

- Herr Becht 800,00 €
- Frau Jung 800,00 €
- Herr Crohn 800,00 €
- Herr Vogel 800,00 €

Weitergehende Vergütungen oder sonstige geldwerte Vorteile an den Aufsichtsrat sind im Geschäftsjahr 2023 nicht gewährt worden.

7. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2023 wird im I. Quartal 2024 aufgestellt und soll auch noch im I. Quartal 2024 geprüft werden.

Eine interne Revisionsstelle wurde aufgrund der überschaubaren Unternehmensgröße bisher nicht eingerichtet. Compliance Beauftragte ist Frau Nina Marzioch, Angestellte der HLU.

8. Abschlussprüfung

Die Erklärung über die Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer wurde abgegeben und die Bescheinigung über die Teilnahme an der Qualitätskontrolle gemäß § 57 a Wirtschaftsprüferordnung liegt vor.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ALLTREU Revision & Treuhand GmbH, Ludwigshafen, wurde mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 beauftragt.

Die Beauftragung umfasst auch die Erstellung von Berichten über die Bezüge des Geschäftsführers, der leitenden Angestellten und der Mitglieder des Aufsichtsrates.

Ludwigshafen, den 6. März 2024

gez. Franz Josef Reindl
(Geschäftsführer)

gez. Andy Becht
(Vorsitzender Aufsichtsrat)